

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>
Berlin, den 28.05.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 04.06.2026

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle
(Protokoll vom 07.05.2026)
- 2 Bericht aus dem Bezirksamt
- 3 Überwiesene Drucksachen
 - 3.1 Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten
Drucksache: IX-1223
 - 3.2 Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh
Drucksache: IX-1329
 - 3.3 Hitzeresiliente Stadtentwicklung durch blau-grüne Infrastruktur
Drucksache: IX-1334 (mitberatend)
 - 3.4 Mehr Verkehrssicherheit an der Kreuzung Schönhauser Straße Ecke Nesselweg
Drucksache: IX-1338
 - 3.5 Fahrradstraße Hufelandstraße nachhaltig ausgestalten
Drucksache: IX-1348
 - 3.6 Ohne nasse Füße durch die Oderbruchstraße
Drucksache: IX-1349
 - 3.7 Begrünung statt Pollerwüste - Mittelstreifen in der Grellstraße wieder begrünen II
Drucksache: IX-1356

- 3.8 Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen
Drucksache: IX-1386
- 3.9 Verkehrssicherheit in der Hadlichstraße erhöhen
Drucksache: IX-1391
- 3.10 Aufstellung von Hinweisschildern zu Bußgeldern bei illegaler Müllablagerung im öffentlichen Raum und in Grünanlagen in Prenzlauer Berg
Drucksache: IX-1393
- 3.11 Dialogdisplays für Pankows Schulwegsicherheit
Drucksache: IX-1397 (mitberatend)
- 4 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

vertagt

16.07.2025 BVV

BVV/Forts032/IX

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Einziehung des Abschnitts der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße für den motorisierten Individualverkehr (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung) zu prüfen, um die Verkehrssicherheit im direkten Umfeld der dort ansässigen Schule nachhaltig zu erhöhen.

Im Zuge der Prüfung soll mit einbezogen werden, ob und wie, im Bereich der Einmündung der Senefelderstraße in die Danziger Straße bauliche Barrieren – etwa bepflanzbare Poller oder andere geeignete Elemente –errichtet werden können, um unerwünschte Einfahrten zu verhindern sowie den Radverkehr gezielt zu lenken und zu entschleunigen, um Gefahrensituationen vor der Schule zu vermeiden.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
30	Ja-Stimmen
12	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
Schule und Sport

federführend

Begründung:

Der Straßenabschnitt der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße wird stark durch den motorisierten Verkehr frequentiert, obwohl er unmittelbar vor einer Schule liegt. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen für Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte, insbesondere zu den Stoßzeiten des Schulbeginns und -endes.

Durch die Entwidmung des Straßenabschnitts kann eine deutliche Entlastung der Verkehrssituation erreicht und ein sicherer Schulweg gewährleistet werden. Gleichzeitig ist durch bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass keine unerwünschten Einfahrten mehr stattfinden und auch der Radverkehr vor der Schule in sicherer Weise geführt wird.

Die Einbindung der Schulgemeinschaft soll dazu beitragen, die Akzeptanz der Maßnahme zu erhöhen, kreative Lösungen zu fördern und die neue Fläche im Sinne der Kinder und Jugendlichen nutzbar zu machen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025	BVV	BVV/032/IX	vertagt
16.07.2025	BVV	BVV/Forts032	

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrssicherheit für Kinder im Bereich vor dem MACHmit! Kindermuseum und der Grundschule im Eliashof erhöht werden kann. Dabei ist insbesondere eine Teileinziehung (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung für den motorisierten Individualverkehr) zu prüfen, die die bereits in Planung befindliche Fahrradstraße in der Senefelder Straße als Teil des Radvorrangnetzes gemäß Radverkehrsplan Berlin berücksichtigt.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Im Falle eines negativen Prüfergebnisses soll das Anliegen in den zukünftigen Planungen für verkehrsberuhigende Maßnahmen im Helmholtzkiez im Rahmen der geplanten flächenhaften Verkehrsberuhigung von Wohnvierteln des Bezirkes berücksichtigt werden.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göhrig, BV Jan Drewitz

Begründung erfolgt mündlich**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Berlin 15.02.2026

Stellungnahme
des Ausschusses für Schule und Sport

**Zur Drucksache IX-1223
Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Kollege Szidat

Der Ausschuss für Schule und Sport hat in seiner Sitzung vom 11.02.2026 die Drucksache IX-1223 „Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten“ beraten.

Der Ausschuss konnte sich dem Anliegen der Drucksache mehrheitlich mit 7 JA Stimmen, bei 4 NEIN Stimmen, und 1 ENTHALTUNG anschließen.

In schöner Regelmäßigkeit werden Drucksachen zum Thema Schulwegsicherheit zur Beratung in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen. Der Ausschuss erklärt sich auch diesmal wieder für nicht zuständig. Eine fachliche Debatte kann nur im Verkehrsausschuss und in der AG-Schulwegsicherheit stattfinden.

Den einzigen Beitrag den der Ausschuss für Schule und Sport zur Debatte leisten kann ist es, immer wieder zu erklären, dass ihm sichere Schulwege ein wichtiges Anliegen sind.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt die Zustimmung zur Drucksache.

Für den Ausschuss:

Karsten Dirk Gloger
Vorsitzender

Antrag – 2. Fassung

Ursprung: Antrag, Fraktion der SPD

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrssicherheit für Kinder im Bereich vor dem MACHmit! Museum und der Grundschule im Eliashof erhöht werden kann.

Im Zuge der Prüfung soll mit einbezogen werden, ob und wie, ~~im Bereich der Einmündung der Senefelderstraße in die Danziger Straße~~ **auf dem östlichen Gehweg der Senefelder Straße vor und hinter dem Kindermuseum** Möglichkeiten zur Aufstellung von „Drängelgittern“ bzw. vergleichbaren partielle Quersperrern, die funktional wirksam sind und zugleich gestalterisch hochwertig in den Stadtraum eingebunden werden, etwa in einer kindgerechten und ortsangemessenen Formensprache. (z.B. bepflanzbare Baumstämme) bestehen.

Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht zu prüfen, welche Auswirkungen bereits umgesetzte Verkehrsmaßnahmen im Kiez, insbesondere im Zusammenhang mit der Fahrradstraße Stargarder Straße und den Pollern im Bereich der Gethsemanekirche, auf die Verkehrsströme in der Senefelder Straße und den angrenzenden Straßen haben. Hierzu soll eine geeignete Verkehrsbeobachtung beziehungsweise Analyse der Verkehrsentwicklung durchgeführt werden, um Verlagerungseffekte, erhöhte Belastungen sowie Veränderungen im Verkehrsfluss nachvollziehbar zu erfassen.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse ist zu prüfen, mit welchen Instrumenten eine kindgerechte und sichere Steuerung der Verkehrsflüsse im Kiez verbessert werden kann. Besonderes Augenmerk soll auf die Reduzierung von Ausweichverkehren, die Entlastung der Senefelder Straße sowie einen geordneten und verträglichen Abfluss des Verkehrs aus dem Quartier gelegt werden. Die bereits in Planung befindliche Fahrradstraße in der Senefelder Straße als Teil des Radvorrangnetzes gemäß Radverkehrsplan Berlin ist dabei zu berücksichtigen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1329

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, im Wohngebiet, welches von den Hauptstraßen Kastanienallee, Schönholzer Weg und Angerweg begrenzt wird, Maßnahmen gegen den zunehmenden Durchgangsverkehr zu ergreifen.

Dafür soll das Bezirksamt u.a. prüfen, ob

- dies durch die Anordnung von Einbahnstraßen (bspw. Vorschlag Skizze Begründung)
- oder durch die Verhinderung der Ein- und Ausfahrt in das Wohngebiet von der Kastanienallee durch Endwidmung des Straßenraumes bei den Einfahrten in der César-Franck-Straße und Maurice-Ravel-Straße in Kombination mit jeweils einem Wendehammer

umgesetzt werden kann.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

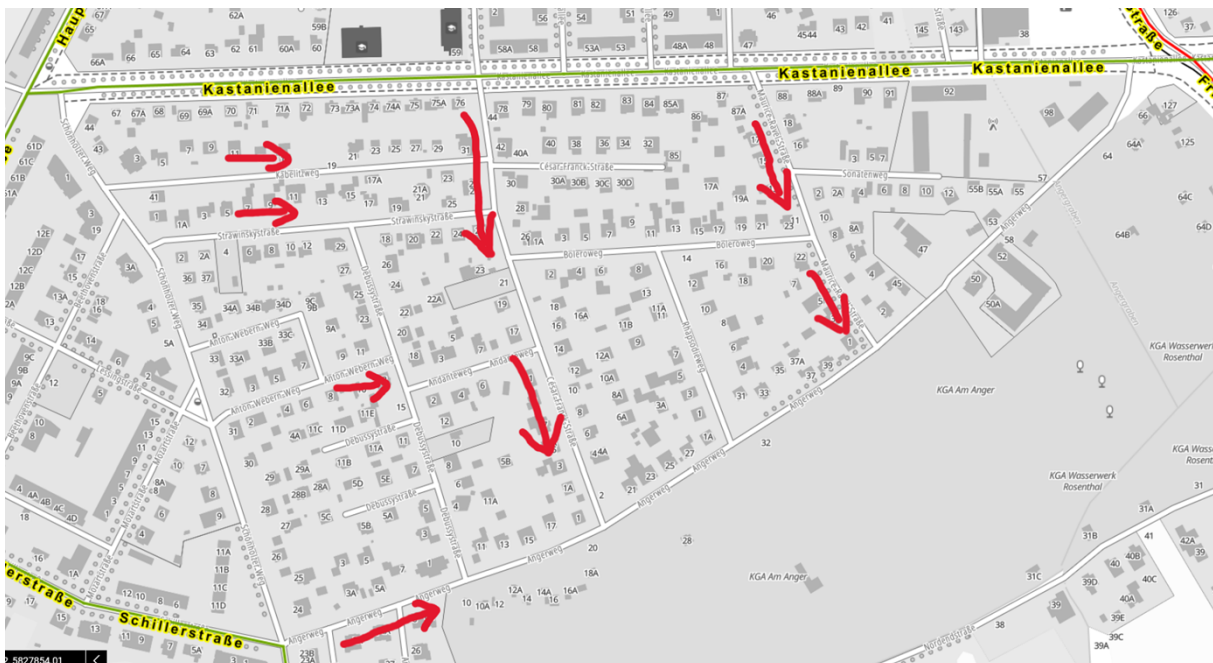
Begründung:

Auch in diesem Wohngebiet in Wilhelmsruh nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Zufußgehenden und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Auf den ersten Blick wäre die Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches in dem Gebiet naheliegend, doch wäre dafür eine bauliche Umgestaltung aller Straßen mit Fußweg zu einer Mischverkehrsfläche nötig, was immense finanzielle Mittel benötigen würde und wahrscheinlich ebenfalls das viele Straßenbegleitgrün (aktuell Versickerungsflächen!) in ausgewiesene Parkflächen umwandeln würde. Außerdem könnten die Anwohnenden in einem Verkehrsberuhigten Bereich nur noch in ausgewiesenen Parkflächen oder auf dem eigenen Grundstück parken. Es ist unwahrscheinlich, dass für die Anzahl an Fahrzeugen, die aktuell auf der Straße geparkt wird, dieselbe Anzahl an Parkflächen ausgewiesen werden könnte. Auch dies spricht gegen die Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereiches.

Sinnvoller ist es deshalb, den derzeitigen Charakter des Viertel beizubehalten, aber den Durchgangsverkehr wirksam zu unterbinden.

Beispiel, wie mittels der Anordnung von Einbahnstraßen der Durchgangsverkehr verhindert werden könnte. Die Pfeile verdeutlichen die Richtung der Einbahnstraßenführung.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Änderungsantrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung in Wilhelmsruh**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, im Wohngebiet, welches von den Hauptstraßen Kastanienallee, Schönholzer Weg und Angerweg begrenzt wird, Maßnahmen gegen den zunehmenden Durchgangsverkehr zu ergreifen.

Weiterhin soll das Bezirksamt aufgrund fehlender Gehwege die Verkehrssicherheit für Fußgänger erhöhen, wenn diese die Straßen nutzen müssen.

Hierfür soll das Bezirksamt ein geeignetes Format finden, um gemeinsam mit den Anwohnern die beste und verträglichste Lösung zur Verkehrsberuhigung und Fußgängersicherheit zu finden.

Berlin, den 28.01.2026

Einreicher: Fraktion der CDU,

Denise Bittner, David Paul und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung des Ursprungsantrags:

Auch in diesem Wohngebiet in Wilhelmsruh nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Zufußgehenden und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Auf den ersten Blick wäre die Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches in dem Gebiet naheliegend, doch wäre dafür eine bauliche Umgestaltung aller Straßen mit Fußweg zu einer Mischverkehrsfläche nötig, was immense finanzielle Mittel benötigen würde und wahrscheinlich ebenfalls das viele Straßenbegleitgrün (aktuell Versickerungsflächen!) in ausgewiesene Parkflächen umwandeln würde. Außerdem könnten die Anwohnenden in einem Verkehrsberuhigten Bereich nur noch in ausgewiesenen Parkflächen oder auf dem eigenen Grundstück parken. Es ist unwahrscheinlich, dass für die Anzahl an Fahrzeugen, die aktuell auf der Straße geparkt wird, dieselbe Anzahl an Parkflächen ausgewiesen werden könnte. Auch dies spricht gegen die Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereiches.

Sinnvoller ist es deshalb, den derzeitigen Charakter des Viertel beizubehalten, aber den Durchgangsverkehr wirksam zu unterbinden.

Begründung des Änderungsantrags:

Auch in diesem Wohngebiet in Rosenthal nimmt der Durchfahrtverkehr beständig zu. Dies hat hier besonders Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Schulkindern, da in vielen der Nebenstraßen entweder kein Fußweg oder nur ein einseitiger schmaler Fußweg besteht und von diesen deshalb in den aller meisten Fällen die Straße benutzt werden muss.

Es sei ergänzend erwähnt, dass sich das adressierte Wohngebiet in Rosenthal, nicht in Wilhelmsruh befindet.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1334

Antrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Hitzeresiliente Stadtentwicklung durch blau-grüne Infrastruktur**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, unverzüglich eine Regelung für hitzeresiliente Stadtentwicklung durch angepasste Sondernutzungen in den Bereichen Niederschlags-wassermanagement und Begrünung für öffentliche Flächen zu erarbeiten.

Für Regentonnen und (weitere) Sondernutzungen, die den Katastrophenschutz, die Umsetzung der Ziele des Hitzeaktionsplans [1] oder des Klimaschutzkonzepts [2] sowie die blau-grüne Infrastruktur befördern soll das Bezirksamt prüfen, ob bei Sondernutzungen nur eine Verwaltungsgebühr erhoben und auf Sondernutzungsgebühren verzichtet werden kann.

Der Regelungsvorschlag ist in den Ausschüssen für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur sowie Mobilität und öffentliche Ordnung vorzustellen. Es ist ein expliziter Verweis auf der Internet-Präsenz des Bezirksamtes, ggf. mit Verweis auf mögliche zu beantragende (Dritt)Mittel, vorzusehen. Darüber hinaus soll eine spätere Aufnahme in das Klimaanpassungskonzept geprüft werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht, sich gegenüber dem Senat bzw. den jeweils zuständigen Stellen für eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen (vor allem Einleitung von Niederschlagswasser auf benachbarten Grundstücken [3]) einzusetzen und so das Konzept der „Schwammstadt“ weitergehend umsetzbar zu machen.

Berlin, den 20. Januar 2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Axel Lüssow

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
37	Ja-Stimmen
6	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung
Mobilität und öffentliche Ordnung
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Der vom Bezirksamt beschlossene Hitzeaktionsplan (HAP) [1] beschreibt die besondere Berücksichtigung von naturbasierten Maßnahmen „der blauen und grünen Infrastruktur“ und einer angepassten Stadtentwicklung als weiteren Schritt in Richtung einer klimaangepassten Entwicklung des Bezirks. Die Maßnahmen im ebenfalls vom Bezirksamt beschlossenen Klimaschutzkonzept [2] sind u.a. „hitzeresiliente Stadtentwicklung“ und „Regenwassermanagement neu denken“ – diese wurden ebenso wie ein flächengerechter und sozial- und klimaverträglicher Straßenraum bei der Öffentlichkeitsbeteiligung besonders hoch gewichtet. Daher ist es auch bei der Gestaltung des bestehenden öffentlichen Raums notwendig, weitere Potenziale auszuschöpfen.

Der Katastrophenschutz und die entsprechenden Ziele sowohl des Hitzeaktionsplans als auch des Klimaschutzkonzeptes stellen ein öffentliches Interesse dar, nach dem entsprechend dem § 11 des Berliner Straßengesetz (BerlStrG) Sondernutzung eine Genehmigung in der Regel zu erteilen ist, wenn behinderte Menschen nicht erheblich beeinträchtigt werden und keine zwingenden Gründe der Verkehrssicherheit entgegenstehen. Eine Verkehrsbehinderung nach § 32 der Straßenverkehrsordnung (StVO) soll selbstverständlich nicht entstehen, diese soll jedoch möglichst gegenüber dem Hitzeschutz und der Schaffung mehr blau-grüner Infrastruktur auch auf öffentlichen Flächen abgewogen werden.

Die aktuellen Informationen und Antragsmodalitäten [4] für Sondernutzungen in Pankow enthalten noch keine Elemente, die die Umsetzung des Hitzeaktionsplans oder des Klimaschutzkonzeptes befördern, z.B. mehr kühlendes Grünvolumen oder Regentonnen für die Bewässerung des Stadtgrüns. Andere Bezirke haben bereits Formulare z.B. für Regentonnen [5] und erlassen generell die Sondernutzungsgebühr nach § 11 Abs. 9 des Berliner Straßengesetzes.

[1] <https://www.berlin.de/hitzeschutz/bezirksaktivitaeten/pankow/>

[2] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/beauftragte/klimaschutz/artikel.1511430.php>

[3] <https://regenwasseragentur.berlin/wassersensibel-planen/rechtsgrundlagen/>

[4] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamtsverwaltung/artikel.219595.php>

[5] <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamtsverwaltung/oeffentlicher-raum/artikel.1481622.php>

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVVBüro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

02.02.26

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen**Drucksachenummer: IX-1334****Betreff: Hitzeresiliente Stadtentwicklung durch blau-grüne Infrastruktur**Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):**Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung**

sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung**Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur**

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben. vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

 vertagt**im Ausschuss abgelehnt** JA NEIN Enthaltungen **mit Änderungen beschlossen** JA NEIN Enthaltungen **ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen** JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Die vorstellende Fraktion stellte heraus, dass in anderen Bezirken entsprechende Maßnahmen bereits ergriffen werden. So seien beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg Regentonnen als Maßnahme zur Umsetzung des Konzepts der Schwammstadt bereits vorhanden. Auf Nachfrage wurde erklärt, dass für solche Maßnahmen Drittmittel von der Landesebene eingeworben werden könnten. Das Bezirksamt betonte, dass der Erlass von Sondernutzungsgebühren sich rechtlich schwierig gestalten würde. Die einreichende Fraktion wies daraufhin, dass es sich hier nur um einen Prüfauftrag handle. In der weiteren Debatte wurden noch offene Fragen der Haftung und des Schutzes (von Regentonnen) thematisiert. Der Antrag wurde in der Abstimmung mehrheitlich abgelehnt, 4 Ja zu 6 Nein bei keiner Enthaltung.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1338

Antrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Mehr Verkehrssicherheit an der Kreuzung Schönhauser Straße Ecke Nesselweg

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, eine Lösung zu finden, um die schlechten Sichtbeziehungen an der Kreuzung Nesselweg / Schönhauser Straße zu verbessern. Hierbei ist insbesondere auch die Aufstellung eines sog. Verkehrsspiegels zu prüfen.

Berlin, den 20. Januar 2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Kreuzung Nesselweg / Schönhauser Straße ist von hohen Hecken der anliegenden Grundstücke gesäumt und für Kraftfahrzeugfahrende, die aus dem Nesselweg kommend in die Schönhauser Straße abbiegen möchten, ist die Sicht auf Verkehrsteilnehmende von links und rechts auf der Schönhauser Straße kaum möglich. Dementsprechend kommt es hier immer wieder zu gefährlichen Situationen. In den vergangenen Jahren gab es hier laut Unfallatlas bereits einen Unfall mit Personenschaden. Die Aufstellung eines Verkehrsspiegels erscheint als sinnvolles Mittel, um die Sicherheit an dieser Stelle zu erhöhen, da die Hecken auf Privatgrundstücken stehen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1348

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2026 BVV

BVV/037/IX

Betreff: Fahrradstraße Hufelandstraße nachhaltig ausgestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht und ihm wird empfohlen, in eigener und fremder Zuständigkeit die Fahrradstraße Hufelandstraße nachhaltig auszugestalten. Hierbei wird das Bezirksamt Pankow von Berlin ersucht, die Pläne zur Einrichtung der Fahrradstraße Hufelandstraße wie folgt anzupassen:

- Einrichtung der Fahrradstraße ohne Verschränkung (auf der Höhe der Hausnummern 47, 49 und 51) zur Straße „Am Friedrichshain“
- Verlegung des Fußgängerüberweges

Berlin, den 24.02.2026

Einreicher: Fraktion der CDU,

David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
46	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

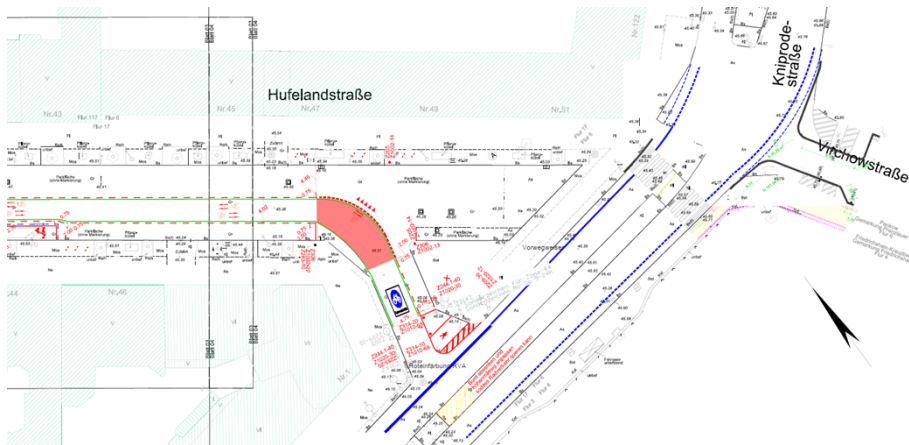
x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der vorgelegte Antrag konkretisiert die beschlossenen Anträge VIII-0332 und IX-0694. Das Bezirksamt Pankow von Berlin hat in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Öffentliche Ordnung die Pläne für die Fahrradstraße Hufelandstraße vorgelegt. Hierbei führte das Bezirksamt auf Nachfrage aus, dass es die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung respektiert und berücksichtigt. Verkehrsplanerisch wäre die präferierte Lösung der Fahrradstraße allerdings ohne die vorgenannte Verschränkung.



Insofern ist es fachlich geboten, die beschlossenen Anträge im Sinne der Verkehrssicherheit und der Willensbekundung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin zu konkretisieren. Zum Hintergrund: Sofern die Drucksache IX-0694 umgesetzt werden kann, so wurde ausgeführt, würde in Betracht gezogen werden, die Verschränkung zu verändern und zu begradigen. Im Sinne des ressourcensparenden Ansatzes sollte dies Berücksichtigung finden und die derzeitigen Planungen dahingehend angepasst werden. Anwohner, Anlieger und alle Steuerzahler würden nicht verstehen können, dass Doppelinvestitionen getätigt werden, obgleich alle Sachverhalte bereits bei Beginn der ersten Maßnahme bekannt waren.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1349

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2026 BVV

BVV/037/IX

Betreff: Ohne nasse Füße durch die Oderbruchstraße**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, an der Oderbruchstraße, Ecke Landsberger Allee, zeitnah Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, die die regelmäßige großflächige Pfützenbildung auf dem Gehweg verhindern. Ziel ist es, die dauerhafte und sichere Nutzbarkeit des Gehwegs auch nach längeren Regenfällen zu gewährleisten.

Berlin, den 24.02.2026

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Sascha Groß, David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der
 CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
46	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

An der genannten Stelle bildet sich nach Regenfällen regelmäßig eine so große Pfütze, dass der Gehweg faktisch unpassierbar wird. Fußgänger müssen in den Straßenraum ausweichen. Für mobilitätseingeschränkte Menschen, Kinderwagen oder ältere Personen ist die Situation besonders problematisch.

Es handelt sich um ein klar lokalisierbares Entwässerungsproblem, das mit einer kleinen baulichen Maßnahme voraussichtlich behoben werden kann. Hier ist eine kurzfristige Lösung notwendig, um die Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit an dieser stark frequentierten Stelle wiederherzustellen.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1356

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2026 BVV

BVV/037/IX

Betreff: Begrünung statt Pollerwüste - Mittelstreifen in der Grellstraße wieder begrünen II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Mittelstreifen in der Grellstraße zwischen Greifswalder Straße und Hosemannstraße mit Straßenbegleitgrün zu versehen.

Dafür sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden, so noch nicht geschehen:

- Überprüfung der Standsicherheit der Bäume
- Schließung von Lücken durch das Anpflanzen neuer Bäume
- Auflockerung des Bodens, um Pflanzensamen das Keimen zu erleichtern
- ggf. Aufbringen zusätzlichen Mutterbodens

Berlin, den 24.02.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Paul Schlüter, BV Almuth Tharan, BV Can Aru, BV Dr. Oliver Jütting

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die beschlossene Drs. IX-0360 ist Ausdruck des Willens der BVV, den Mittelstreifen in der Grellstraße zu einer ökologisch wertvollen Fläche umzugestalten. Diese Drucksache wurde nach dem Unterbinden des widerrechtlichen Parkens auf dem Mittelstreifen der Grellstraße verabschiedet.

Leider ist die Gelegenheit, diese Freifläche zu begrünen, noch nicht genutzt worden. Dies erhöht weder die Akzeptanz der Verpöllerung des Mittelstreifens noch wurde diese Fläche ökologisch aufgewertet.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1356

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2026 BVV

BVV/037/IX

Betreff: Begrünung statt Pollerwüste - Mittelstreifen in der Grellstraße wieder begrünen II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Mittelstreifen in der Grellstraße zwischen Greifswalder Straße und Hosemannstraße mit Straßenbegleitgrün zu versehen.

Dafür sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden, so noch nicht geschehen:

- Aussaat von bodenverbessernden, insektenfreundlichen und kleinwüchsigen Blumen wie Rotklee, um den Boden aufzulockern
- ggf. Aufbringen zusätzlichen Mutterbodens
- Prüfung von Standorten für die Errichtung von Schildern, die auf den ökologischen Wert der Maßnahme hinweisen

Berlin, den 03.03.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Paul Schlüter, BV Almuth Tharan, BV Can Aru, BV Dr. Oliver Jütting

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
46	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung:

Die beschlossene Drs. IX-0360 ist Ausdruck des Willens der BVV, den Mittelstreifen in der Grellstraße zu einer ökologisch wertvollen Fläche umzugestalten. Diese Drucksache wurde nach dem Unterbinden des widerrechtlichen Parkens auf dem Mittelstreifen der Grellstraße verabschiedet.

Leider ist die Gelegenheit, diese Freifläche zu begrünen, noch nicht genutzt worden. Dies erhöht weder die Akzeptanz der Verpollerung des Mittelstreifens noch wurde diese Fläche ökologisch aufgewertet. Auch die Antwort auf die kleine Anfrage 1207/IX hat gezeigt, dass noch nicht alle Maßnahmen zur Aufwertung dieser Fläche ausgeschöpft wurden.

Wählen Sie ein Element aus.

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVVBüro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

06.03.26

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen**Drucksachenummer: IX-1356 2.Ausfertigung****Betreff: Begrünung statt Pollerwüste - Mittelstreifen in der Grellstraße wieder begrünen II**Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):**Mobilität und öffentliche Ordnung**

sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Wählen Sie ein Element aus.

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben. vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

 vertagt**im Ausschuss abgelehnt** JA NEIN Enthaltungen **mit Änderungen beschlossen** JA NEIN Enthaltungen **ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen** JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Die einreichende Fraktion stellte heraus, dass diese Maßnahme bereits von der BVV mit dem Beschluss des Antrags IX-0360 ersucht worden sei. Zur Begründung der Fläche wurde beispielsweise Rotklee vorgeschlagen, der durch seine tiefe Verwurzelung den Boden verbessere und gleichzeitig insektenfreundlich und kleinwüchsig sei. Somit seien ökologischer Wert und Verkehrssicherheit zugleich gegeben. Weiterhin wurde herausgearbeitet, dass die Poller als Verbesserung zur vorherigen Situation (jahrzehntelanges illegales Parken) gesehen werden. Allerdings habe keine Begründung der entsprechenden Fläche stattgefunden. Als Gegenargumente wurden die Kosten der Maßnahme vorgetragen, die umfangreichen Vorarbeiten für eine Aussaat sowie die Schäden, die durch Aussaat von kleinwüchsigen Blühpflanzen an Bäumen entstünden. Der Ausschuss konnte sich den Bedenken allerdings nicht anschließen und stimmte dem Antrag mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1386

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit im Wohngebiet rund um die Straße 52 zu prüfen und schrittweise umzusetzen.

Das Bezirksamt wird gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und, soweit möglich, umzusetzen:

1. Bauliche Verkehrsberuhigung, durch
 - abschnittsweise und versetzte Fahrbahneinengungen (unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs),
2. Begrünungsmaßnahmen wie Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern am Fahrbahnrand zur optischen Einengung und Reduzierung der Geschwindigkeit.
3. Erneuerung und bessere Sichtbarkeit der Tempo-30-Beschilderung sowie Aufbringung von Piktogrammen auf der Fahrbahn und insbesondere an den Einmündungen der Nebenstraßen.

Berlin, den 14.04.2026

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Im genannten Wohngebiet bestehen seit längerer Zeit erhebliche Probleme hinsichtlich der Verkehrs- und Schulwegsicherheit. Trotz bestehender Tempo-30-Regelung wird regelmäßig zu schnell gefahren. Begünstigt wird dies u.a. durch die guten Sichtverhältnisse und den sogenannten Allee-Effekt. Hinzu kommt, dass die Tempo-30-Beschilderung an mehreren Stellen (u. a. an der Straße 52 / Alt Karow sowie Straße 42 / Blankenburger Chaussee) stark verblichen ist und sowohl von Verkehrsteilnehmern als auch von Fahrzeugassistenzsystemen unzureichend erkannt wird, was zu einer höheren gefahrenen Geschwindigkeit beiträgt.

Besonders kritisch ist die Situation, da in Teilen des Wohngebietes kein Gehweg vorhanden ist. Fußgänger, darunter Schüler, die diesen Bereich als Schulweg zu Fuß nutzen, müssen die Fahrbahn gemeinsam mit dem fließenden Verkehr benutzen.

Die regelmäßigen Geschwindigkeitsüberschreitungen führen zu einer erhöhten Lärm- und Schadstoffbelastung und stellen eine erhebliche Gefährdung für alle nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer dar.

Im Zusammenhang mit dem bereits diskutierten Antrag IX-0972 - Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherheit in der Straße 42 zwischen der Straße 52 und der Blankenburger Chaussee- wurde deutlich, dass weitere, ganzheitliche Maßnahmen erforderlich sind.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1386

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit im Wohngebiet rund um die Straße 52 zu prüfen und schrittweise umzusetzen.

Das Bezirksamt wird gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und, soweit möglich, umzusetzen:

1. Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche mit baulich unterstützenden Maßnahmen, wie
 - abschnittsweise und versetzte Fahrbahneinengungen (unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs),
 - Schaffung von Fahrbahnverschränkungen durch Anordnung von wechselseitigen Parkständen
2. Begrünungsmaßnahmen wie Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern am Fahrbahnrand zur optischen Einengung und Reduzierung der Geschwindigkeit.
3. Erneuerung und bessere Sichtbarkeit der Tempo-30-Beschilderung sowie Aufbringung von Piktogrammen auf der Fahrbahn (insbesondere an den Einmündungen der Nebenstraßen) in den Straßen, in denen verkehrsberuhigte Bereiche nicht eingerichtet werden können (siehe Maßnahme 1).

Die BVV ersucht das Bezirksamt, die bereits im September 2024 beschlossene Drucksache IX-0972 zur Straße 42 endlich zu bearbeiten.

Berlin, den 22.04.2026

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Einreicher: Fraktion Bündnis90/ Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1391

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

vertagt

20.05.2026 BVV

BVV/Forts038/IX

Betreff: Verkehrssicherheit in der Hadlichstraße erhöhen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird mit dem Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit ersucht, eine Einbahnstraßenregelung im Teilabschnitt der Hadlichstraße zwischen Hadlichstraße 20 und der Damerowstraße in Fahrtrichtung Damerowstraße zu prüfen.

Berlin, den 27.04.2026

Einreicher: Fraktion der CDU,

Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
x	mehrheitlich
24	Ja-Stimmen
18	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Hadlichstraße in Berlin Pankow war während der Bauzeit der EWG Berlin-Pankow eG eine viel befahrene Einbahnstraße. Sie war so eingerichtet, dass man nur von der Berliner Straße einfahren konnte. Von 2023 bis Ende 2025 funktionierte die Einbahnstraßenregelung ausgezeichnet und reduzierte nicht nur die Staus, sondern auch die Zahl der Unfälle signifikant.

Nach Aufhebung der Einbahnstraßenregelung ist die momentane Verkehrssituation in der Hadlichstraße wieder chaotisch, da die Straße nur einspurig ist. In der ohnehin überlasteten Damerowstraße kommt es über die Abbiegespur hinaus täglich zu Staus. Eine solche Einbahnstraßenregelung unterstützt auch die Zu- und Abfahrt von der Polizeidienststelle in der Hadlichstraße und der Rettungsstelle von dem Krankenhaus Maria Heimsuchung.

Die vorgeschlagene Maßnahme wird nicht nur den Verkehrsfluss verbessern, sondern auch die Sicherheit und die Umwelt entlasten.

Während der Zeit der Einbahnstraßenregelung gab es weniger Unfälle. Einbahnstraßen können zu einer besseren Verkehrslenkung und zu weniger Konfliktsituationen beitragen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1393

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

vertagt

20.05.2026 BVV

BVV/Forts038/IX

Betreff: Aufstellung von Hinweisschildern zu Bußgeldern bei illegaler Müllablagerung im öffentlichen Raum und in Grünanlagen in Prenzlauer Berg

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an besonders betroffenen Orten im östlichen Prenzlauer Berg - insbesondere im öffentlichen Straßenland sowie in Grün- und Erholungsanlagen - gut sichtbare und mehrsprachige Hinweisschilder aufzustellen. Diese sollen ausdrücklich auf die rechtlichen Konsequenzen und möglichen Bußgelder bei illegaler Müllablagerung hinweisen. Orte, die besonders von Vermüllung betroffen sind, sind bspw.:

- Storkower Straße (zwischen Landsberger Allee und Kniprodestraße), nördliche Seite
- Volkspark Prenzlauer Berg (Schneeglöckchenstraße/Sigridstraße)
- Greifswalder Straße (Einfahrt Betonwerk)

Zudem wird das Bezirksamt ersucht, die Standorte anhand bereits bekannter Problemflächen (z. B. durch Meldungen von Anwohnenden, BSR-Daten oder Ordnungsamtserkenntnisse) zu priorisieren.

Berlin, den 27.04.2026

Einreicher: Fraktion der CDU

David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
41	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Illegale Müllablagerungen stellen ein erhebliches und anhaltendes Problem im Bezirk Pankow dar. Sie beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild und die Aufenthaltsqualität, sondern verursachen auch erhebliche Kosten für die öffentliche Hand. So wird in kommunalen Berichten regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Beseitigung illegal abgelagerten Mülls Arbeitszeit bindet und letztlich durch Steuermittel finanziert werden muss. (Staatliches Bauamt Passau:

https://www.stbapa.bayern.de/service/medien/pressemitteilungen/2025/23/?utm_source=chatgpt.com

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass Hinweisschilder ein geeignetes Mittel darstellen, um diesem Problem präventiv zu begegnen. So hat beispielsweise die Stadt Pfungstadt gezielt mehrsprachige Schilder an bekannten Müll-Hotspots eingeführt, um insbesondere durch klare Information und niedrigschwellige Ansprache Fehlverhalten zu reduzieren und Sprachbarrieren abzubauen. (Stadt Pfungstadt (<https://www.pfungstadt.de/buergerservice/neues-aus-dem-rathaus/news/neue-schilder-gegen-illegale-muellentsorgung-in-pfungstadt/>))

Darüber hinaus wird in verschiedenen Kommunen und Fachdebatten deutlich, dass reine Bußgelder allein keine ausreichende Steuerungswirkung entfalten. Trotz deutlich erhöhter Bußgelder in Berlin ist bislang keine nachhaltige Reduktion illegaler Müllablagerungen festzustellen, da Abschreckung insbesondere nur dann wirksam ist, wenn Regelverstöße auch wahrgenommen und verstanden werden. (Tagesspiegel <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wegen-kippe-250-euro-zahlen-hoehere-bussgelder-fur-illegalen-mull-noch-ohne-grosse-wirkung-15304695.html>)

Dies unterstreicht die Notwendigkeit ergänzender Maßnahmen im Bereich Information und Prävention.

Hinweisschilder, die unmittelbar am Ort des Geschehens aufgestellt sind und konkret über mögliche Bußgelder informieren, wirken genau an dieser Schnittstelle:

- Sie erhöhen die Sichtbarkeit von Regeln und Sanktionen,
- sie sprechen potenzielle Verursacher direkt in der Handlungssituation an,
- und sie reduzieren Unwissenheit als einen wesentlichen Faktor für ordnungswidriges Verhalten.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass illegale Müllentsorgung häufig nicht ausschließlich aus vorsätzlicher Missachtung, sondern auch aus Bequemlichkeit oder Unkenntnis erfolgt, können klar formulierte und mehrsprachige Hinweise eine nachweislich sinnvolle Ergänzung zu ordnungsrechtlichen Maßnahmen darstellen. (DIE WELT <https://www.welt.de/regionales/berlin/article69a3d7727c787f6a1cef2a13/hoehere-bussgelder-fuer-illegalen-muell-noch-ohne-grosse-wirkung.html>)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kombination aus klarer Information vor Ort, sichtbarer Androhung von Sanktionen und zielgerichteter Platzierung an bekannten Problemstellen eine kosteneffiziente und wirksame Ergänzung bestehender Maßnahmen darstellt. Die Aufstellung entsprechender Schilder ist daher geeignet, einen konkreten Beitrag zur Reduzierung illegaler Müllablagerungen im Bezirk Pankow zu leisten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1397

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Dialogdisplays für Pankows Schulwegsicherheit**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, zur Verbesserung der Schulwegsicherheit weitere Dialog-Displays anzuschaffen und z.B. an nachfolgend genannten Standorten einzusetzen. Dabei soll das Bezirksamt die Anschaffung der Geräte über die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz anmelden und ggf. verfügbare Haushaltsmittel für Dialog-Displays aus dem Landeshaushalt abrufen.

Zu den Standorten gehören:

- Kniprodestraße (im Bereich vor der Schuldrehscheibe);
- Dietzgenstraße/ B96a (im Bereich der Hausnummern 33 bis 43);
- Conrad-Blenkle-Straße (im Bereich der Hausnummern 4 bis 46).

Spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Geräte sollen die angefallen Wartungskosten sowie der mit dem Betrieb der Geräte verbundene Arbeitsaufwand und die Wirkung der Geräte in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung evaluiert werden. Anschließend soll die BVV über den weiteren Einsatz von Dialog-Displays im Bezirk befinden.

Berlin, den 14.04.2026

Einreicher: Fraktion der SPD

Katja Ahrens, Mike Szidał, Marc Lenkeit

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung

Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung:

Dialog-Displays sind ein niedrighschwelliges, präventives Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere in Tempo-30-Abschnitten im Umfeld schützenswerter Einrichtungen wie Schulen und Kitas. Das Land Berlin unterstützt die Bezirke seit vielen Jahren bei der Beschaffung solcher Geräte: Die Anschaffung kann über die zuständige Senatsverwaltung (SenMVKU) angemeldet werden; die Geräte werden aus Landesmitteln finanziert, während die Bezirke die Folgekosten (insbesondere Wartung/Betrieb) sowie den organisatorischen Aufwand für den Einsatz übernehmen.

Diese Unterstützung besteht auch im aktuellen Doppelhaushalt 2026/2027 fort. Für die Anschaffung von Dialog-Displays zur Schulwegsicherheit in den Bezirken sind weiterhin Landesmittel vorgesehen, die von den Bezirken abgerufen werden können.

Die Wirksamkeit von Dialog-Displays ist durch Untersuchungen gut belegt: In einer Auswertung der Unfallforschung der Versicherer (UDV/GDV) an Berliner Standorten wurden während der Betriebsphasen deutliche Rückgänge sowohl bei den durchschnittlichen Geschwindigkeiten als auch bei der Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt. Zudem berichten Befragungen von zu Fuß Gehenden über ein erhöhtes subjektives Sicherheitsempfinden. Auch internationale Übersichtsarbeiten bestätigen, dass dynamische Geschwindigkeits-Feedback-Systeme im Regelfall zu messbaren Geschwindigkeitsreduzierungen führen und damit gerade in sensiblen Bereichen einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten.

Im Bezirk Pankow wurden Dialog-Displays bislang nicht systematisch erprobt. Die bisherige Zurückhaltung wurde u. a. mit vermuteten Wartungs- und Betriebsaufwänden sowie Zweifeln an der Wirksamkeit begründet, ohne dass hierzu bezirkseigene Praxiserfahrungen vorliegen. Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, eine zeitlich befristete Phase mit einer überschaubaren Zahl von Geräten durchzuführen, um Nutzen, Aufwand und Kosten auf einer belastbaren Datenbasis bewerten zu können.

Die im Antrag benannten Standorte liegen an stark frequentierten Achsen bzw. im Umfeld schulischer Infrastruktur und sind daher für eine Pilotierung besonders geeignet. Die vorgesehene Evaluation spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme – einschließlich der angefallenen Wartungskosten, des betriebsbedingten Arbeitsaufwands und der verkehrlichen Wirkung (z. B. Entwicklung der Durchschnittsgeschwindigkeit und der Überschreitungsanteile) – stellt sicher, dass die BVV anschließend auf Grundlage nachvollziehbarer Ergebnisse über einen weiteren Einsatz von Dialog-Displays im Bezirk entscheiden kann.

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **04.06.2026**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Ahrens, Katja - SPD -	_____	
Behnke, Frank - AfD -	_____	
Bittner, Denise - CDU -	_____	
Bordfeld, Frederik - Linke -	_____	
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -	_____	
Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -	_____	
Haustein, Jens - Bü 90/Grüne -	_____	
Kempe, Wolfram - Linke -	_____	
Knebel, Sibylla Susanne - CDU -	_____	
Paul, David - CDU -	_____	
Simon, Oliver - FDP -	_____	
Streck, Jan-Philip - AfD -	_____	
Szida, Mike - SPD -	_____	
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü 90/Grüne -	_____	
Herda, Michael - auf Antrag Linke -	_____	
Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -	_____	
Struck, Olaf - auf Antrag CDU -	_____	
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Bennert, Paul - auf Antrag Linke -	_____	
Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -	_____	
Dießel, Peter - auf Antrag CDU -	_____	

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 04.06.2026

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -
BzStRin
